



Thema: Politik

Autor: k.A.

Kassen: Streit um Höhe des Defizits

■ **Ministerin Rauch-Kallat dementiert 150-Millionen-Euro-Minus für 2006.**

■ **Ärztammer übermittelt Parteien Forderungspaket.**

Wien(Alpbach. (ina) Die 21 Krankenversicherungsträger in Österreich rechnen in ihrer Gebarungsvorschaurechnung mit einem Defizit von 154 Millionen Euro für das Jahr 2006. Allerdings fällt das endgültige Bilanzergebnis meist positiver aus als das prognostizierte. So gab es im Jahr 2005 statt dem von den Kassen befürchteten Minus von 280 Millionen Euro sogar ein Plus von 20,3 Millionen Euro.

Auf das Jahr 2005 bezieht sich Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat, die den vorausgerechneten Abgang von 150 Millionen Euro für 2006 demen-

tiert. Die Krankenkassen hätten die „Einnahmen bewusst niedrig und die Ausgaben bewusst höher angesetzt“, sagte die Ministerin in einer Pressekonferenz am Rande der Reformgespräche am Europäischen Forum Alpbach. Einen „Handlungsbedarf“ schließt sie dennoch nicht aus.

Rückendeckung bekam sie vom Präsidenten der Forschenden Pharmazeutischen Industrie, Boudewijn van Bochove. Die Aussagen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, wonach die Medikamentenausgaben unerwartet um 8,5 Prozent gestiegen seien, könne er nicht nachvollziehen. Er schlägt aber eine Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente von 20 auf 10 Prozent vor.

Die Gebietskrankenkassen sehen ihre Lage nicht so rosig. Der Obmann der Vorarlberger Gebietskrankenkasse (VGKK), Manfred Brunner, fordert von der

nächsten Bundesregierung eine Entlastung. Er rechnet für die VGKK in diesem Jahr mit einem Verlust von 9,2 Millionen Euro. „Es ist schon auffallend, dass die bundesweiten Versicherungsträger dieses Jahr positiv abschließen werden, aber erstmals alle neun Gebietskrankenkassen negativ“, so der Obmann.

Mit einer positiven Bilanz wird nämlich für die Versicherungsanstalt der Eisenbahner, der öffentlich Bediensteten, der gewerblichen Wirtschaft und der Bauern gerechnet. Dass die Krankenversicherung der Vertragsbediensteten von den Gebietskrankenkassen zur Beamtenversicherung „verschoben“ wurde, bedeutete allein für die VGKK einen Verlust von rund sechs Millionen Euro, meint Brunner.

Handlungsbedarf sieht auch die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK), die am Mittwoch einen Forderungskatalog an die Partei-

en für eine Sanierung des Gesundheitssystems ankündigte. ÖAK-Präsident Reiner Brettenthaler erwartet vor den Wahlen Stellungnahmen der jeweiligen Gesundheitssprecher dazu. Diese will die ÖAK dann veröffentlichen und der Bevölkerung damit helfen ihre Wahlentscheidung zu treffen. Wahlempfehlung soll es aber keine geben.

„Liberalisierung der Gesetzgebung“

Alle niedergelassenen Ärzte sollten die Möglichkeit der Medikamentenabgabe bekommen, nicht nur jene mit Hausapotheke, verlangt der ÖAK-Chef. Dazu müsse es eine „Liberalisierung der Gesetzgebung“ geben. Die Aufhebung der Chefarztspflicht und der Heilmittel-Kontrollverordnung sind weitere Forderungen. „Wir sind nicht die Angestellten der Frau Bundesminister“, beklagt er das schlechte Gesprächsklima mit ihr. ■